

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST



Photos: © Heike Bostin

Die 10. Vollversammlung des Oekumenischen Rates der Kirchen kommt vom 30.10. bis 8.11.2013 in Busan zusammen. Die im Südosten von Südkorea am Meer gelegene Vier-Millionen-Metropole ist die zweitgrößte Stadt des Landes. Schätzungen zufolge stehen 29 Prozent der rund 47 Millionen Südkoreaner in vorwiegend christlicher Glaubensstradition, 23 Prozent sind Buddhisten. – Eine Delegation des OeRK zur Vorbereitung der Vollversammlung besichtigt hier vor Ort ein buddhistisches Kloster.

Kirche: „Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Vision“

„Die Kirche. Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Vision“ lautet der Titel eines grundlegenden neuen Dokuments zu Wesen und Auftrag der Kirche, das von verschiedenen Konfessionen zusammen erarbeitet wurde. Die gemeinsame Erklärung der OeRK-Kommission zu Glauben und Kirchenverfassung, in der protestantische, orthodoxe, anglikanische, evangelikale, indigene und katholische Kirchen ihre Übereinstimmungen zum Kirchengesamt darlegen, ist die bisher umfangreichste auf diesem Feld. Sie arbeitet heraus, was Christen gemeinsam über Kirche sagen können, wie ihre Gemeinschaft zunehmen kann, wie sie zusammen für Gerechtigkeit und Frieden eintreten und die früheren und gegenwärtigen Trennungen überwinden können. Damit soll einer Erneuerung der Kirchen der Weg geebnet werden. Im Vorwort unterstreicht OeRK-Generalsekretär Olaf Fykse Tveit die „gemeinsame Berufung der Kirchen, der Einheit des Lebens Ausdruck zu verleihen, das uns in Jesus Christus gegeben ist.“

Weltkirchenrat: Vollversammlung in Südkorea

Vor Busan

Vorbereitende Sitzung der Delegierten aus europäischen Kirchen

Der Mangel an Gerechtigkeit in der heutigen Welt stellt eine grundlegende Herausforderung für die Einheit der Kirche dar; die Frage der umfassenden Gemeinschaft und der Gerechtigkeit können nicht getrennt werden. Dies unterstreicht die Botschaft der vorbereitenden Sitzung der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) für Delegierte für die 10. Vollversammlung des OeRK, die von 27. bis 28. Februar 2013 in Brüssel stattfand.

Das Treffen, das die Kommission zu Kirche und Gesellschaft der KEK organisierte, bot den Delegierten der bevorstehenden Vollversammlung aus den europäischen Kirchen Raum für Austausch, für Informationen über ihre vorbereitenden Aktivitäten und für die Koordinierung.

„Ein Aufruf für Gerechtigkeit in der Wirtschaft und für die Schöpfung sowie die Diskussion über neue Formen der Mission und Evangelisation wird zu den wichtigsten

AUS DEM INHALT

Klimagerechtigkeit:
Ein ethischer Imperativ

Afrika:
Kirchen analysieren ausländische
Entwicklungshilfe

USA:
Nahrungshilfe künftig in
Empfängerregionen kaufen

„Staatenlose“:
Kirche als Anwältin

Anti-Atomwaffenbewegung:
„Verbietet die Bombe“

England:
Armut und Reichtum

Kolumbien:
Indianische Landrechte statt
Bergbaukonzessionen

Lateinamerika:
Lobby für wirtschaftliche
Gerechtigkeit

Aus Netzen und Bewegungen

Mittelrhein:
„So geht es nicht weiter“.
Wege zur Transformation von
Wirtschaft und Gesellschaft

Rhein-Mosel-Saar:
Reflexion und Auseinandersetzung
mit der Krise des Kapitalismus
stärken

Württemberg:
Vorbereitung auf Busan mit
Ortsgemeinde

Bund für soziale Verteidigung:
Weniger Geld für zivile
Friedensarbeit – 30 mal mehr
Mittel fürs Militär

**Plädoyer für eine ökumenische
Zukunft:**

**Transformative Spiritualität zur
Bewahrung der Schöpfung**

**Aufruf zur Oekumenischen
Versammlung 2014**

Themen der kommenden Vollversammlung gehören“, bestätigt Guillermo Kerber vom OeRK in der Sitzung. „Wie können die Christen sich vorbereiten auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, das wird die zentrale Frage bei der Versammlung sein“, fügte er hinzu.

Das Ergebnis des Dialogs zwischen europäischen und lateinamerikanischen Kirchen zu den Auswirkungen der Globalisierung wird zum Beitrag der Kirchen aus Europa auf der Versammlung zählen. Teilnehmer des Treffens hatten die Möglichkeit, den Dialog zwischen der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und dem Lateinamerikanischen Rat der Kirchen (CLAI) sowie die Überwindung von Unterschieden zwischen den Kirchen aus zwei Kontinenten bei der bevorstehenden Versammlung zu diskutieren.

Sie tauschten ihre Bedenken und ihre Erwartungen an die Versammlung aus. Dazu zählen neben Fragen einer lebensdienlichen Wirtschaft und der Klimagerechtigkeit, die Vertiefung der christlichen Friedensethik, die Stärkung der Einheit, das christliche Zeugnis in einer multireligiösen Welt, die Differenz zwischen Reden und Handeln sowie eine wirksame Kommunikation.

Vorbereitungstagung in Arnoldshain

Eine Vorbereitungstagung für die OeRK-Vollversammlung in Busan fand in der Evangelischen Akademie Arnoldshain vom 2.-4. April 2013 statt. Starke Impulse sollten ausgehen von der Versammlung der Kirchen der Welt.

Pilgerzug von Berlin nach Busan

Die Kirchen in Südkorea wollen mit einem „Friedenszug“ auf die 10. Vollversammlung des Weltkirchenrates in ihrem Land im kommenden Jahr hinweisen. Der Zug soll von Berlin über Moskau und Peking nach Busan, einer Hafenstadt im Südosten der koreanischen Halbinsel fahren. Die geplante Fahrt soll etwa zwei Wochen dauern.

In Busan

Während der Vollversammlung sollen die bisherigen Gesprächsergebnisse, die für den ökumenischen Weg zu Gerechtigkeit und Frieden von Bedeutung sind, sowohl in die beiden thematisch entsprechenden Plenarsitzungen an den Vormittagen des **7. und 8. November 2013** als auch in die Diskussion der Kommissionsberichte einfließen.

Dem „Ökumenischen Aufruf zum Gerechten Frieden“ ist dabei der Statut eines wesentlichen Hintergrundtextes zugedacht. Geplant ist, dass die Vollversammlung neben ihrer kurzen „Botschaft“ ansonsten lediglich die „Einheitserklärung“ verabschiedet, die dem Exekutivausschuss des OeRK als Entwurf vorlag. Auch andere Texte wie der Konsentext der Kommission für Glaube und Kirchenverfassung zur Ekklesiologie („The



Photo: © Heike Bosen

Konferenzzentrum Bexco in Busan

Church. Towards a common vision“), die Missionserklärung („Mission towards life“) oder die Texte des Programms zu Armut, Reichtum und Ökologie („Poverty, Wealth and Ecology“) haben den Status von Hintergrundtexten.

„Oikotree“, ein von OeRK, Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen und Weltmissionsrat getragenes Netzwerk, möchte eine Bekenntniserklärung zum „Globalen Kairos“ vorlegen. Das „Oikotree Global Forum“, das in Johannesburg/Südafrika vom 3.-8. März zusammenkam hat die Landfrage für die nächsten zwei Jahre zum übergreifenden Thema für theologische Reflexion und Lobbyarbeit erklärt.

Nach Busan

Nach Busan widmet sich eine Auswertungstagung der EKD-Delegierten und Vollversammlungsteilnehmenden den Folgen unter dem Thema „Neue Horizonte der internationalen Ökumenearbeit nach der 10. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Korea/Busan (30.10.-8.11.13)“. Sie findet statt von **16.-18.01.2014** in Loccum.

Vom **30.04.-04.05.2014** ist eine Ökumenische Versammlung in Mainz geplant (vgl. Aufruf in diesem Heft).

Klimagerechtigkeit: Ein ethischer Imperativ

Der Klimawandel stellt eine massive Menschenrechtsverletzung dar! So lautete die pointierte Aussage auf einer Konferenz am Rande der 22. Sitzung des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen Ende Februar 2013 in Genf. Organisiert durch das OeRK-Programm für Klimaschutz und Bewahrung der Schöpfung, war die Beratung zusammen mit anderen christlichen Vereinigungen und inter-religiösen Netzwerken sowie weiteren zivilgesellschaftlichen Gruppen organisiert worden. Remy Pagani, Bürgermeister von Genf, war einer der Hauptredner. Er forderte die Teilnehmenden dazu auf, sich auf die

Einhaltung der Menschenrechte, auf den Einsatz für Gerechtigkeit und Frieden sowie auf den Einsatz für den Erhalt des Planeten selbst zu verpflichten. Er verwies dabei auf das Engagement seiner Stadt, die führend bei der Beherbergung solcher Initiativen sei. „Wir benötigen konkrete Aktionen zum Thema Klimawandel, um diese Frage auf die Agenda der Menschenrechtsarbeit zu setzen“, erklärte Dr. Mariyam Shakeela, Ministerin für Umwelt und Energie auf den Malediven. Die Ministerin stellte vor, wie sehr ihre Heimat von den Auswirkungen des Klimawandels bedroht ist und verwies auf die Prinzipien der gemeinsamen, wenn auch unterschiedlichen Verantwortung, wie sie in der Rio-Deklaration der Vereinten Nationen von 1992 formuliert worden ist. „Wir brauchen dringend einen internationalen politischen Mechanismus, der Klimawandel und Menschenrechte verbindet“, so die Ministerin. Die ständige Vertreterin Boliviens bei den Organisationen der UNO in Genf, Angélica C. Navarro Llanos forderte, dass der UNO-Menschenrechtsrat zur sog. Grünen Wirtschaft, die auf Marktprinzipien basiere, Alternativen entwickle, die auf den Prinzipien des Rechts aufbauen.

Die mehr als 70 Teilnehmenden aus aller Welt forderten bei der Zusammenkunft die Etablierung eines UNO-Sonderberichterstatters zu diesen Fragen. Dr. Guillermo Kerber vom Weltkirchenrat, der die Veranstaltung moderierte, verwies in seinem Schlußstatement darauf, daß die Forderung nach Klimagerechtigkeit ein ethischer und spiritueller Imperativ sei.

Afrika:

Kirchen analysieren ausländische Entwicklungshilfe

Kann Afrika wirtschaftliche Freiheit, soziale Wohlfahrt und den Schutz der Umwelt in einer Partnerschaft mit der Europäischen Union, den USA und China erreichen? Dieser Frage widmete sich eine ökumenische Konsultation, der es um den Mitteleinsatz beim Kampf gegen Armut und Ausbeutung

und für die Entwicklung der Region ging. Organisiert wurde sie vom Programm Armut, Reichtum und Umwelt des Weltkirchenrates in Zusammenarbeit mit der Allafrikanischen Kirchenkonferenz (AACC) in Arusha (Tansania).

WirtschaftswissenschaftlerInnen, SoziologInnen, ÖkologInnen und andere ExpertInnen aus Afrika, der EU, den USA und China nahmen an der Diskussion teil. Nach Aussagen von Dr. Rogate Mshana, Sekretär des OeRK-Programms Armut, Reichtum und Umwelt, suchte die Konsultation herauszufinden, ob die 50 Jahre währende Beteiligung der EU und der USA in der afrikanischen Entwicklung einen erkennbaren Beitrag bei der Armutsreduktion gebracht habe. Vor diesem Hintergrund müsse die Rolle in der Armutsbekämpfung betrachtet werden, die die Kirchen angesichts der massiven Präsenz Chinas in Afrika zu übernehmen haben. Tatsächlich haben Handel, Hilfe und Investitionen sowohl der EU, der USA wie Chinas die Wurzeln von Armut, Ungleichheit und Umweltzerstörung nicht wirklich beseitigt. Die Kirchen seien also aufgerufen, alternative Wirtschaftsagenden zu unterstützen, die die Armut wirksam bekämpfen und den natürlichen Reichtum Afrikas bewahren. Zusammen mit Volksbewegungen und der Zivilgesellschaft, müssten die Kirchen über die traditionelle Kritik der ökonomischen Agenda hinausgehen: Es gelte zu einer „verändernden Entwicklungsstrategie“ zu kommen, die auf gerechten Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Ländern beruht und dem Ziel eines Lebens in Fülle für alle und ökologischer Harmonie verpflichtet sein müsse. Grace Masalakulang vom tansanischen Kirchenrat unterstrich, dass die Hilfe der EU und anderer bis zu zwei Dritteln des Staatshaushalts ausmache und der Entwicklung der Infrastruktur im Lande wesentlich genützt habe. So sei mit Hilfe der EU im Jahre 2010 eine Rate von 96 Prozent bei der Einschulung in die Primarstufe erreicht worden. Das Problem, dass die Mehrheit der Menschen in Tansania weiterhin unter der Armutsgrenze lebe, sei allerdings nicht behoben worden. Auch das entwicklungspolitische Instrument der US-Regierung, der African Growth and Opportunity Act (AGOA), war Gegenstand der Erörterungen. Auch wenn die im Rahmen dieses Programms eingesetzten Mittel im Jahr 2011 einen beträchtlichen Umfang hatten, ist es mit Ausnahme der Bekleidungsindustrie nicht gelungen, substantielle Beschäftigung in Afrika zu schaffen. „Die Politik der AGOA dient in erster Linie der Sicherung der Ölversorgung der USA, die große Summen in Nigeria und Angola investiert hat“, so Pfr. Malcolm Damon vom Netzwerk für wirtschaftliche Gerechtigkeit des südafrikanischen Kirchenrats. „Auch wenn die Erlöse aus der Erdölförderung dabei helfen, die öffentlichen Kosten des Gesundheits- und Erziehungswesens zu decken, werden die Ölquellen unweigerlich in der Zukunft versiegen und die ökologi-

schen Folgekosten müssen heute in die Kalkulation einbezogen werden“, so Damon. Ähnliche Erfahrungen schilderte auch Pfrin. Suzanne Matala aus Sambia.

Die Konsultation setzte eine Reihe ähnlicher Konferenzen fort, deren erste im Gefolge der Vollversammlung des Allafrikanischen Kirchenrats 2008 in Maputo durchgeführt worden war.

USA: Nahrungshilfe künftig in Empfängerregionen kaufen

Die US-Regierung hat offenbar vor, ihre internationale Nahrungshilfepolitik umzustellen. So sollen die Empfänger künftig mit dem versorgt werden, was ihre Länder und Regionen selbst hervorbringen, wie Carey L. Biron von IPS meldet.

Im neuen Haushaltsentwurf der USA für das Fiskaljahr 2014 sehen politische Beobachter einen wichtigen Indikator für die politischen Ziele Obamas zu Beginn seiner zweiten Amtszeit. Eine Koalition aus Nichtregierungsorganisationen begrüßte in einer gemeinsamen Erklärung einige zu erwartende Veränderungen. Die im März umgesetzten Budgetkürzungen, die etwa drei bis acht Prozent des US-Etats ausmachen, werden sich nach Ansicht von Experten ungünstig auf die Entwicklungshilfe und globale Gesundheitsprogramme auswirken.

Die erwarteten Veränderungen bei der Lebensmittelhilfe stehen aber im Einklang mit Reformen, die zivilgesellschaftliche Gruppen in den USA seit Jahrzehnten anmahnen. Sie zielen auf eine Steigerung der Effizienz und sollen Wettbewerbsverzerrungen entgegenwirken, die durch billiges US-Getreide verursacht wurden. Die Vereinigten Staaten stellen weltweit die umfangreichsten Lebensmittelhilfen bereit, die eigentlich nur als Notlösung gedacht sind.

„Wir haben gehört, dass der Präsident statt Kürzungen vorschlagen will, die US-Lebensmittelhilfen auf lokaler oder regionaler Ebene zu beschaffen. Das wäre allenthalben besser, als so weiterzumachen wie bisher“, meinte Karen Hansen-Kuhn vom „Institute for Agriculture and Trade Policy“ (IATP). Ein solches Vorgehen, das auf dem gesunden Menschenverstand beruhen würde, sei bereits seit 50 Jahren überfällig. Nahrungsmittel lokal zu besorgen, würde die Lebensmittelhilfen effizienter machen und auch den Kleinbauern in den jeweiligen Regionen nutzen.

Gemeinsam mit elf weiteren humanitären Organisationen und Lobbygruppen veröffentlichte IATP am 26. Februar eine Erklärung, in der die bisher nicht offiziell bestätigten Veränderungen bei der Lebensmittelhilfe gutgeheißen werden.

Nach Ansicht von Vertretern mehrerer Hilfsgruppen wird die Regierung vermutlich die Verantwortung für die Lebensmittelprogramme, die bislang im Agrarministerium angesiedelt ist, der Entwicklungsbehörde

USAID übertragen. Inoffiziell wurde zudem bekannt, dass die Regierung künftig darauf verzichten will, in den USA produziertes Getreide an lokale Organisationen weiterzugeben, die es dann verkaufen können. Kritiker haben die Praxis immer wieder als ineffizient kritisiert. Dieser Meinung hat sich 2011 der US-Rechnungshof GAO in einem Bericht angeschlossen.

Rüstungsexporte: Deutschland verdoppelt Geschäfte mit Golfstaaten

Zunehmende Geschäfte deutscher Rüstungsunternehmen mit den Golfstaaten haben die Diskussion um Exporte von Waffen in Länder mit mangelhafter Menschenrechtssituation lauter werden lassen. Der Wert der im Jahr 2012 genehmigten Ausfuhren von Rüstungsgütern in die Golfregion war deutlich mehr als doppelt so hoch wie die Vorjahressumme. So wurde 2012 die Ausfuhr von Militärgerät in die sechs Staaten des Golfkooperationsrats im Wert von 1,42 Milliarden Euro genehmigt. Dies geht aus der Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums auf eine Anfrage des Linken-Abgeordneten Jan van Aken am 18.02. hervor. Im Jahr 2011 hatte der Wert bei knapp 570 Millionen Euro gelegen. Zum Kooperationsrat gehören Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate. Der mit weitem Abstand größte Anteil entfiel 2012 auf Saudi-Arabien, der Wert der entsprechenden Genehmigungen belief sich auf 1,24 Milliarden Euro, was dem Neunfachen des Vorjahreswerts entspricht. Waffenlieferungen in die Golfstaaten sind bei Menschenrechtlern und Kirchen umstritten, weil sie befürchten, die Rüstungsgüter könnten beispielsweise bei Demonstrationen gegen die Bevölkerung eingesetzt werden. Amnesty International forderte die Bundesregierung auf, eine Menschenrechtsklausel in die Rüstungsexportgesetze einzufügen. Eine entsprechende Klausel müsse die Bundesregierung zwingen, Rechenschaft abzulegen.

Der Bevollmächtigte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Berlin, Bernhard Felmborg, hält die enge und umfangreiche Rüstungskoooperation mit Saudi-Arabien für besonders kritikwürdig. „Menschenrechte werden dort aufs Größte missachtet, Christen können ihre Religion nicht ausüben und werden verfolgt“. Saudi-Arabien stehe der oft gewaltbereiten salafistischen Bewegung nahe. „Es unterstützt einen Islam wahabitischer, also puritanisch-konservativer Prägung und fördert dessen Verbreitung in Afrika, Asien und im Übrigen auch in Deutschland“, sagte Felmborg.

Anders als die derzeitige Bundesregierung in Berlin verweigerte der Schweizer Bundesrat eine Rüstungslieferung nach Saudi-Arabien. Eine Sendung von Pistolenteilen durch die Schweizer Firma Kriss in die USA wurde im Januar vom Bundesrat in Bern nicht genehmigt. Die Teile sollten in den USA

endmontiert und dann nach Saudi-Arabien geliefert werden. Laut Schweizer Wirtschaftsministerium war ausschlaggebend, dass „mit den Einzelteilen Waffen produziert würden, mit denen Menschenrechtsverletzungen begangen werden könnten“. Das gesamte Geschäft hätte ein Volumen von 45 Millionen Franken gehabt, Empfänger der Pistolen wäre die königliche Garde Saudi Arabiens gewesen.

„Staatenlose“: Kirche als Anwältin

Eine Konsultation der OeRK-Kommission für internationale Angelegenheiten (CCIA) in Washington hat Anfang März 2013 die Regierungen aufgefordert, den über zwölf Millionen Menschen weltweit, die als sog. Staatenlose gelten, das grundlegende Menschenrecht auf Staatsbürgerschaft zu gewähren. Sie benötigen Zugang zu medizinischer Versorgung, zu Erziehung und zu Arbeitsmöglichkeiten. Unter dem Titel: „Unterwegs zum ökumenischen Eintreten für die Rechte staatenloser Menschen“, versammelten sich mehr als 50 VertreterInnen von Kirchen, ökumenischen Organisationen, UNO-Agenturen, Nichtregierungsorganisationen, Erziehungseinrichtungen und Regierungsbehörden als Gäste der US-amerikanischen Baptisten. Mark Manly vom Büro des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen, erinnerte daran, dass die Vermeidung von Staatenlosigkeit in erster Linie natürlich Aufgabe von Staaten sei und ihrer Zusammenarbeit in der Völkerfamilie. Nicole Shepardson vom US-Außenministerium verwies auf die Bemühungen ihrer Regierung und meinte, dass die Kirchen das Problembewusstsein in dieser Frage schärfen und ihre Mitglieder auch zu einem adäquaten Verhalten ermutigen könnten. Nach Ansicht von Pfrin. Aundrea Alexander, der nationalen Koordinatorin der baptistischen Inlandsmissionen für Immigration und Flüchtlingsfragen, seien gerade staatenlose Frauen und Kinder häufiger Opfer von Gewalt, sexueller Ausbeutung, Menschenhandel, häuslichem Mißbrauch und nicht öffentlich gemachter Vergewaltigung. „Wenn es Frauen an legalem Status als Bürgerinnen fehlt, führt die Anzeige von erlittener Gewalt zu verstärkten Schikanen.“ Glaubensgemeinschaften müßten zu Orten des Schutzes für staatenlose Menschen werden. Die Konferenz, der auch zahlreiche Studien über die Verhältnisse in unterschiedlichen Regionen der Welt vorlagen, setzte eine Reihe fort, die 2011 in Bangladesch und 2012 in China begonnen worden war.

Nuklearwaffen: 2000 Sprengköpfe abschussbereit

Dem UN-Institut für Abrüstungsforschung zufolge verfügen die USA und Russland auch nach dem Ende des Kalten Krieges vor mehr

als 20 Jahren über eine Vielzahl von Kernwaffen, die in Minutenschnelle in Anschlag gebracht werden können.

In beiden Staaten sowie in Frankreich und Großbritannien stehen derzeit insgesamt 2200 atomare Sprengköpfe zum Abschuss bereit. Die Zahl übersteigt diejenigen aller anderen Atomwaffenländer zusammengenommen, heißt es in einem Bericht des UN-Instituts.

„Die US-Atomwaffen werden in Einsatzbereitschaft belassen, weil die russischen Atomwaffen einsatzbereit sind. Anders gesagt: Wären die Atomwaffen nicht einsatzbereit, wäre es nicht erforderlich, die Atomwaffen in Alarmbereitschaft zu belassen“, so Experten.

Dem neuen Bericht zufolge hält jedoch das politische Establishment an der alten Sichtweise fest, wonach abschussbereite Atomsprengköpfe den Gefahren von Krise und Instabilität vorbeugen können. Bezweifelt werde zudem, dass man die Bestände abschussbereiter Atomwaffen der anderen Länder kontrollieren könne.

Der derzeitige US-Plan der nuklearen Abschreckung will die Fähigkeit behalten, Atomangriffe durchzuführen, als auch mögliche Kernwaffenanschläge abzuwehren.

Der Bericht unterstreicht, es sei falsch anzunehmen, dass schnell einsatzfähige Atomwaffen eine mögliche Konflikteskalation verhindern könnten. Ebenso unrealistisch sei es davon auszugehen, dass sich die Gefahr eines Atomkriegs ohne weiteres abwenden ließe.

Der Besitz einsatzfähiger Waffen der großen Nuklearstaaten werde kleinere Atomwaffenländer ohne abschussbereite Waffen kaum zum Stillhalten, sondern diese, wie im Fall China geschehen, zur Entwicklung mobiler Nuklearsysteme animieren, um die eigene Anfälligkeit für einsatzfähige Atomwaffen des Gegners zu verringern. Auch wenn ein kleines Atomwaffenland kaum in der Lage sei, den Sieg davonzutragen, könne es immer noch einen beträchtlichen Schaden anrichten.

Anti-Atomwaffenbewegung: „Verbietet die Bombe“

Die Anti-Atomwaffenorganisation ICAN hat auf einem Forum in Oslo mit Unterstützung Norwegens die Weichen für die Entstehung einer globalen Bewegung zur Ächtung von Atomwaffen gestellt.

Rund 400 Aktivisten hatten an der zivilgesellschaftlichen Veranstaltung vom 2. bis 3. März in der norwegischen Hauptstadt teilgenommen. Bis zum 5. März verhandelten Regierungsvertreter aus 130 Staaten am gleichen Ort über die Auswirkungen von Kernwaffen auf die Menschen. Die fünf Atomwaffenmächte USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien, die gleichzeitig die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats sind, hatten ihre Teilnahme an der Konferenz abgesagt.

In ihrer Entscheidung bestärkt wurde ICAN durch die Zeugenaussagen von Überlebenden der Bombenanschläge auf Hiroshima und Nagasaki 1945. Darüber hinaus schilderten Experten die möglichen gesundheitlichen, sozialen und klimatischen Folgen einer Atombombenexplosion.

Der Wissenschaftler Alan Robock berichtete, dass schon ein kleiner atomarer Schlagabtausch zwischen Indien und Pakistan ausreichen würde, um so viel Rauch zu entwickeln, dass mehr als ein Jahrzehnt lang die Einstrahlung der Sonne insbesondere in der nördlichen Hemisphäre blockiert wäre. Zudem bestünde die Gefahr eines atomaren Winters und einer Hungersnot, die Milliarden Menschen beträfe.

Ira Helfand von den Internationalen Ärzten für die Verhütung des Atomkriegs (IPPNW) beschrieb die möglichen Folgen eines Atombombenangriffs auf New York. Im Umfeld des Explosionszentrums von drei Kilometern wäre es nach einer Millionstel Sekunde heißer als an der Oberfläche der Sonne und durch die entstehende Druckwelle alles Leben vernichtet. Der Feuerball würde verbrennen, was entzündlich ist, und den gesamten Sauerstoff konsumieren. Und dies wären nur die unmittelbaren Auswirkungen – hinzu kämen die Langzeitfolgen der radioaktiven Verseuchung und der Klimabelastung.

Wie Tony Robinson, internationaler Sprecher der Organisation Welt ohne Krieg und Gewalt, betonte, sind die von den Wissenschaftlern beschriebenen Horrorszenarien eher unter- als übertrieben, basieren die Hochrechnungen der Forscher auf der Explosion eines Bruchteils der verfügbaren atomaren Sprengköpfe, deren Unterhaltungskosten auf jährlich 105 Milliarden US-Dollar geschätzt werden. Es gebe keinen Zweifel daran, dass der Planet Erde einen nuklearen Winter und jahrelange Ernteausfälle erleben würde.

Mitglieder des Netzwerkes des OeRK gegen Atomwaffen nahmen an dem Forum teil.

„Wir heben ausdrücklich die Verantwortung aller Regierungen hervor, die Auswirkungen von Nuklearwaffen auf menschliche Gesundheit, Biosphäre und Lebensmittel zu untersuchen“, unterstrich der OeRK-Generalsekretär Pfr. Dr. Olav Fykse Tveit in einem Statement.

Kardinal John Onaiyekan aus Abuja, Nigeria, erklärte, „es ist in einer zivilisierten Welt offensichtlich, dass Nuklearwaffen darin keinen Platz haben. Der bisherige Weg führt zu Selbstzerstörung.“

Der amerikanische Schauspieler Martin Sheen erzählte einer großen Zuhörerschaft, wie er bei einem Protest in der Wüste von Nevada eine Gruppe Nonnen beobachtete, die auf ihrem Weg zum Testgelände von Nuklearwaffen tanzten und alle miteinander inhaftiert wurden. Ihr Mut half ihm, seinen christlichen Glauben zu leben, sagte Sheen, und wurde dutzende Male selbst in Haft genommen.

Ein Bischof aus Japan, Sohn von Überlebenden aus Hiroshima, berichtete, wie sein Vater sich von den schwersten Verbrennungen nach dem Atombombenabwurf erholte, aber dennoch am Blutkrebs, der von der radioaktiven Strahlung ausgelöst wurde, 30 Jahre später starb. Bischof Laurence Yutaka Minabe ist ein Hibakusha, ein japanischer Ausdruck für eine Person, die von der Atombombenexplosion betroffen ist.

Thomas Nash vom ICAN-Lenkungsausschuss zeigte sich zuversichtlich, was den Erfolg der Bemühungen um ein internationales Abkommen zur Ächtung von Atomwaffen betrifft.

Nash zufolge hat das ICAN-Forum die Hoffnung beflügelt, dass die Menschheit der Ächtung aller Massenvernichtungswaffen einen entscheidenden Schritt näher gekommen sei. So seien aufgrund humanitärer Erwägungen bereits die biologischen und chemischen Waffen, Landminen und Streumunition geächtet worden. Die Staatssekretärin im norwegischen Außenministerium, Gry Larsen, meinte dazu, dass die Eliminierung von Atomwaffen keine Utopie mehr sei.

Nichtregierungsorganisationen und weit-sichtige Regierungen sollten Aktionsgruppen einrichten, damit noch vor Jahresende mit dem Entwurf einer Atomwaffenkonvention begonnen werden könne.

Nach dem Ende der Versammlung in Oslo kündigte die Regierung von Mexiko an, dass sie Gastgeber einer Nachfolgekonferenz sein wolle, die auf dieser humanitären Initiative der norwegischen Regierung aufbaut.

Eine Untersuchung der schottischen Koalition gegen Atomwaffen wurde bereits dem Parlament in Edinburgh zur Zustimmung vorgelegt.

Dieser Report arbeitet heraus, dass ein Angriff mit den 40 nuklearen Sprengköpfen, die ein U-Boot der Trident Klasse in einem schottischen Hafen trägt, zu 5,4 Millionen Todesfällen führen würde. Er führt aus, dass alle Hilfsagenturen nicht zu einer angemessenen Reaktion in der Lage wären. Die schottischen Grünen verweisen darauf, dass eine Abschaffung dieser mit Atomraketen bestückten U-Boote nur durch den Austritt aus der NATO möglich wäre. Die schottische Regierung wird aufgefordert, internationale Strategien abzulehnen, die auf Nuklearwaffen aufbauen.

England: Armut und Reichtum

13 Millionen Menschen, darunter 3,6 Millionen Kinder leben im Vereinigten Königreich in Armut – so die Erkenntnis eines neuen Berichtes der Kirchen im Land. Eindeutige Erkenntnisse und Statistiken wurden nach Angaben des Berichts mißbraucht und manipuliert, um die Schwächsten der Gesellschaft auch noch zusätzlich anzugreifen.

Der Bericht unter dem Titel „Wie wir uns selbst belügen“ bricht mit bequemen Mythen über Armut und wurde am 1. März

2013 von der Baptist Union of Great Britain, der Church of Scotland, der Methodist Church und der United Reformed Church durch ein gemeinsames Team der Öffentlichkeit vorgestellt.

Der Bericht wurde jedem Mitglied des britischen und allen Abgeordneten des schottischen Parlamentes übersandt. Zugleich wurden BürgerInnen ermutigt, ihren parlamentarischen Vertretungen in dieser Frage zu schreiben, damit die Erkenntnis in eine veränderte Politik münden könne. Bei der Vorstellung des Berichts bezogen sich die kirchlichen VertreterInnen ausdrücklich auf den Propheten Jesaja: „Von Recht und Gerechtigkeit ist nichts mehr zu finden. Ehrlichkeit und Redlichkeit sind auf dem Marktplatz nicht mehr gefragt“ (Jes 59,14).

Neuer Bericht beschreibt Potenzial für Umverteilung des Reichtums

Neue Forschungsergebnisse des britischen „High Pay Centre“ Think-Tanks zeigen, dass selbst ein bescheidenes Maß an Umverteilung in England einen wesentlichen Unterschied für den Lebensstandard von Geringverdienern bewirken und von den Spitzenverdienern leicht verkraftet werden könnte.

So würde beispielsweise eine Umverteilung von 10 Prozent des Einkommens derjenigen, die mehr als 150.000,- £ verdienen, das sind etwa 0,9 Prozent der Bevölkerung, an die unteren 25 Prozent einer deutlich spürbaren Stundenloohnerhöhung entsprechen.

Weitere Ergebnisse sind unter anderem

- ▷ *der Anteil des Nationaleinkommens der an das oberste Hundertstel bei der Einkommensverteilung geht, hat sich seit 1979 von sechs auf 14,5 Prozent mehr als verdoppelt.*
- ▷ *Es gibt 29.000 Personen, die obersten 0,11 Prozent auf der Einkommenskala, die mehr als 500.000,- £ im Jahr verdienen. Sie haben steuerbereinigt monatlich 21.500,- £ zur Verfügung. Das ist mehr als ein mittleres Jahreseinkommen von 20.500,- £ nach Steuern. Gegenwärtig ist die britische Regierung dabei, einen Steuernachlass von 2,7 Milliarden £ an das oberste ein Prozent weiterzugeben.*
- ▷ *Es gibt 6,75 Millionen Menschen, die untersten 25 Prozent der Einkommensbezieher, die weniger als 800,- £ pro Monat nachhause bringen. Fünf Millionen von ihnen sind Vollzeitbeschäftigte.*
- ▷ *Die Löhne für den größten Teil der Bevölkerung haben stagniert, und kaum mit der Inflation Schritt gehalten.*

Der Bericht des Zentrums für hohe Einkommen weist darauf hin, dass eine Debatte über faires Entgelt ansteht, und auch darüber, ob der erreichte Level von Armut und Ungleichheit in einer fortgeschrittenen Gesellschaft wie dem Vereinigten Königreich akzeptabel ist.

Internet: http://highpaycentre.org/files/top_to_botom_FINAL.pdf

Kolumbien: Indianische Landrechte statt Bergbaukonzessionen

Ein kolumbianischer Richter hat mit einem seltenen Urteil Bergbaukonzessionen aufgehoben, um das Siedlungsgebiet der Embera-Katio Indianer in Nordwestkolumbien zu schützen.

Die Entscheidung wurde nach mehreren Wellen von Gewalt in Alto Andágueda in Kolumbiens Chocó-Provinz getroffen, während der hunderte von indigenen Familien ihr Zuhause verloren.

Die Gewalt zwischen Aufständischen und Armee fällt mit einer – häufig illegalen – Ausweitung des Bergbaus in der Region zusammen.

Das Gericht hat in diesem Fall angeordnet, dass alles Minenpersonal und Bergbaugerät aus dem betroffenen Gebiet entfernt werden muss, bis die Legalität der Bergbaukonzession erwiesen ist.

„(Dieses Urteil) dient dazu, die fortgesetzte Bedrohung des Landbesitzrechts der indigenen Bevölkerung durch unangemessenen Gebrauch der dortigen Ressourcen durch Fremde zu vermeiden und die offenkundige Gewalt in diesen Regionen einzudämmen“, sagte der Richter.

Eine Untersuchung der kolumbianischen Regierung aus dem Jahr 2011 ergab, dass 63 Prozent der Bergbaukonzessionen im Land illegal sind, in der Provinz Chocó sogar 99,2 Prozent.

Gleichwohl hat sich der kolumbianische Präsident Santos für die Ausweitung des Bergbaus als vorrangige Aufgabe während seiner Amtszeit ausgesprochen.

Survival International, eine Nichtregierungsorganisation, die für die Rechte von Ureinwohnern eintritt, erklärte, dass die Zunahme bei der Nachfrage nach Metallen wie Gold, Eisen und Coltan enorme Auswirkungen auf die indianischen Einwohner Kolumbiens habe. Aus diesem Grund seien Tausende getötet oder vertrieben worden durch bewaffnete Einheiten, die häufig vor der Ankunft von Minengesellschaften tätig werden.

Weltkirchenrat: Auf die Stimme der Urbevölkerung hören

In einem Brief an den kanadischen Ministerpräsidenten Stephen Harper hat der Generalsekretär der OeRK, Pfr. Olaf Fyke Tveit, dazu aufgefordert, sorgfältig auf die Sorgen und Anliegen der Führung der kanadischen Ureinwohner zu hören. Von Seiten Harpers war zu hören, daß er beabsichtige, sich mit den Führungen der Urbevölkerung in Ottawa zu treffen. Hintergrund des Briefwechsels sind die wachsenden Sorgen der Ureinwohner über aktuelle Gesetzgebungen in Kanada, die den Schutz der kanadischen Seen und Gewässer bedrohen und Verträge mißachten, die mit den indigenen Gemeinschaften in der Vergangenheit geschlossen worden waren.

Kirchenversammlung: Bank friert Gelder ein

Aufgrund der Wirtschaftsblockade der USA gegen Kuba musste die 6. Vollversammlung des Lateinamerikanischen Rates der Kirchen (CLAI), die vom 19. bis 24. Februar 2013 in Havanna, Kuba, stattfinden sollte, verschoben werden.

Die amerikanische Zweigstelle der ecuadorianischen Bank Pichincha in Miami hat eine von der CLAI-Hauptgeschäftsstelle in Quito, Ecuador, getätigte Einzahlung von 101.000,- US-Dollar eingefroren. Das Geld sollte nach Kuba überwiesen werden, um dort die Kosten für Unterkunft und Verpflegung der 400 Delegierten und anderen Teilnehmenden abzudecken.

„Das ist für die Mitgliedskirchen des CLAI und den gesamten Oekumenischen Rat der Kirchen sehr enttäuschend“, sagte Pfr. Olav Fykse Tveit

„Es ist einfach nicht hinnehmbar, dass die US-amerikanische Regierung durch die Regulierungen des amerikanischen Bankensystems einer wichtigen christlichen Organisation solche Hindernisse in den Weg legt und sie daran hindert, zu einer Tagung zusammenzukommen, egal ob in Kuba oder anderswo“, erklärte Tveit.

„Die USA müssen die Religionsfreiheit aufrechterhalten und sie haben sich hierzu auch wiederholt verpflichtet.“

„Und es wird auch deutlich, wie realitätsfremd die seit Jahrzehnten andauernde Wirtschaftsblockade Kubas in der heutigen Welt ist, ganz besonders in den Glaubensgemeinschaften, und dass sie um der Gerechtigkeit und des Friedens willen beendet werden sollte“, so Tveit.

Die 6. Vollversammlung soll nun vom **20. bis 26. Mai** in Havanna stattfinden.

Die Vollversammlung des CLAI tagt ungefähr alle sechs Jahre, an ihr nehmen Delegierte von 188 Kirchen und kirchlichen Organisationen aus 20 Ländern der Region teil.



Photo: © WWC

Interreligiöse Meditation bei der Kamapagne für ein effektives Waffenhandelsabkommen in New York

Neuer Papst in Rom: OeRK will Kooperation fortsetzen

Nach der Wahl von Franziskus I. zum ersten Papst aus dem Globalen Süden, sandte der OeRK seine guten Wünsche nach Rom. Das sei ein Ansporn, den gemeinsamen Weg für Gerechtigkeit und Frieden fortzusetzen. Seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil hat die römisch-katholische Kirche mit dem OeRK in den Fragen von Einheit, Mission und interreligiösem Dialog insbesondere in dessen Kommissionen für Glaube und Kirchenverfassung sowie für Weltmission und Evangelisation zusammengearbeitet und bei großen Versammlungen Delegierte im Beobachterstatus entsandt.

Die argentinische Evangelische Kirche vom Rio de la Plata gratulierte ebenfalls. Ihr Präsident Pfr. Antonio Carlos Alfredo Duarte Voelker, zeigte sich zuversichtlich, dass die vergangenen Jahre der pastoralen Arbeit des nun gewählten Papstes ihm helfen, eine neue Vision für jene zu entwickeln, die Verfolgung und Ausgrenzung aller Art erleiden.

Die internationale Bewegung „Wir sind Kirche“ gab ihrer Erwartung auf nötige Reformschritte Ausdruck. Verstärkt werden sollten die Selbstbestimmung der katholischen Ortskirchen, die Rechte der Frauen, die Verantwortung für die Armen und Benachteiligten sowie der Dialog mit anderen Glaubensgemeinschaften. Eine Neuausrichtung der Morallehre sei erforderlich bei den Themen Empfängnisverhütung und Homosexualität. Für die Vergehen katholischer Geistlicher sollte die Kirche einstehen und nach Versöhnung trachten. Das Geschäftsgebahren der Vatikanbank sei zu überprüfen. An den Ergebnissen des II. Vatikanischen Konzils müsse festgehalten werden.

Mit dem 76-jährigen Franziskus I. (Jorge Mario Bergoglio) kommt zum ersten Mal ein Papst aus Lateinamerika. Bereits beim letzten Konklave 2005 war der argentinische Jesuit der stärkste Kontrahent Joseph Ratzingers gewesen.

Der seitherige Erzbischof von Buenos Aires und Primas Argentiniens bevorzugt ein möglichst unauffälliges Auftreten in der Öffentlichkeit. So konnte er bereits als Kardinal öfters in der U-Bahn auf dem Weg in die Kathedrale an der Plaza de Mayo beobachtet werden. Auch in Rom geht er lieber in einem dunklen Mantel und ohne Kardinalshut.

In den letzten Jahren kollidierte Bergoglio mehrfach mit den Regierungen von Néstor und Cristina Kirchner. Er kritisierte Korruption und Armut, ausserdem wandte er sich erfolglos gegen die Legalisierung der sog. Homo-Ehe in Argentinien.

Menschenrechtskreise werfen ihm vor, während der Zeit der Junta (1976-1983) eine zu grosse Nähe zu den herrschenden Militärs gehabt zu haben.

Vorwürfe gegen ihn kommen von einem Anwalt für Menschenrechte, der 2005 Anzeige gegen den Geistlichen erstattet hatte.

Immer wieder sei er beschuldigt worden, während der Militärdiktatur von 1976 bis 1983 eine dunkle Rolle gespielt zu haben. Sein Chauffeur sagte aus, dass Bergoglio sich mehrfach mit einem Admiral der Militärjunta getroffen habe. Außerdem behaupteten im Foltergefängnis gefangene Jesuiten, dass der heutige Papst sie nicht beschützt habe.

Bergoglio wurde am 17. Dezember 1936 als Sohn italienischer Einwanderer geboren. Sein Vater war Bahnangestellter in der argentinischen Hauptstadt. Dort ging er auf eine technische Schule, die er als Chemie-Techniker absolvierte. Mit 21 Jahren trat er ins Priesterseminar ein.

Nach seiner Priesterweihe 1969 verfolgte er weitere theologische Studien und wurde 1973-1979 zum Provinzial des Jesuitenordens berufen. In den Jahren, in denen in Argentinien das Militär die Staatsmacht übernahm, führte Bergoglio mit Strenge seine Ordensbrüder in als rein religiös geltende Aufgaben.

Der einzige Jesuit im Konklave übernahm 1998 die Erzdiözese von Buenos Aires und wurde 2001 zum Kardinal berufen.

Lateinamerika: Lobby für wirtschaftliche Gerechtigkeit

Mit der São Paulo-Erklärung beginnt eine neue Ära ökumenischer Lobbyarbeit im Bereich wirtschaftlicher Gerechtigkeit in Lateinamerika.

Ermutigt von den Impulsen der „São Paulo-Erklärung: Umwandlung des internationalen Finanzsystems zu einer Wirtschaft im Dienst des Lebens“ haben ökumenische Gremien aus Lateinamerika eine Reihe von Begegnungen mit Regierungsvertretern ihres Kontinents durchgeführt. In Argentinien, Bolivien und Peru kam es bereits zu Gesprächen.

Verfasst von Theologen und Wirtschaftswissenschaftlern benennt die Erklärung grenzenloses Konsumverhalten und Profitgier als Schlüsselfaktoren, die es zu bekämpfen gilt, wenn wir eine gerechtere Verteilung der Ressourcen der Erde anstreben. Sie betont die Notwendigkeit für staatliche Behörden, politische Entscheide „zugunsten eines lebensdienlichen globalen Finanzsystems“ zu treffen.

Die Erklärung wurde bisher Regierungsvertretern u. a. von Argentinien, Peru und Bolivien überreicht. In La Paz sagte der Minister des Präsidialamtes, Juan Ramon Quintana: „Kirchen können beim Miteinander teilen und bei der Förderung von Talenten im Dienst einer guten Lebensqualität aller Menschen eine äußerst effektive Rolle spielen.“

Bei Meldungen aus der internationalen Oekumene wurden in Ergänzung zu eigenen Recherchen Agenturmeldungen von ENI ausgewertet, außerdem die Pressedienste von OeRK, IPS, LWI, RWF, CEC, RNA und KIPA

Aus ökumenischen NETZEN

► Bremen

Südafrika: Klimapartnerschaft mit Durban

Zwischen den Partnerstädten Bremen und Durban ist eine formelle Klimapartnerschaft beschlossen worden, die durch Expertenaustausch Fragen von Energiereduzierung, Starkregenereignissen, Wasserqualität und Stadtplanung behandelt. Das „forum Kirche“ und sein Partner Diakonia Council of Churches sind als zivilgesellschaftliche Akteure einbezogen. Eine Solarenergieanlage beim Diakonia Center soll als Modell für die 16 Mitgliedskirchen im Diakonia Council of Churches dienen. Eine angehende Pastorin ist im Rahmen der ökumenischen Partnerschaft seit Februar für drei Monate in ihrem Sondervikariat in Durban beim Kirchenrat tätig.

Oekumeneatlas, ökumenische Wegmarken nach Busan, Pilgerfahrt zum DEKT

In einem Oekumene-Atlas wurden 2012 die ökumenischen Partnerschaftsprojekte der Gemeinden der in der ACK vertretenen Kirchen zusammengestellt. Auch die Gemeinden, in denen oft afrikanische Migrationskirchen zu Gast sind, sind aufgelistet. Der Oekumeneausschuss der Bremischen Evangelischen Kirche, dem die Fachstelle Oekumene und Weltverantwortung zuarbeitet, will mit der Förderung der Jugendbeteiligung bei ökumenischen Partnerschaften und Fortbildungsangeboten für interkulturelle Dolmetscher in Gemeinden Wegmarken setzen. Zu fördernde Projekte sollen einen Bezug auf den nach der OeRK-Vollversammlung in Busan erhofften Pilgerweg für Gerechtigkeit und Frieden haben.

Mit 18 Teilnehmenden wird eine Pilgerfahrt per Rad zum Deutschen Evangelischen Kirchentag am 27.4. nach Hamburg starten. Stationen sind die Gedenkstätte des Konzentrationslagers Sandbostel, Stade und das Alte Land mit umweltpolitischen Themen wie der geplanten Elbvertiefung und deren Auswirkungen auf den Obstanbau.

Bremer Gespräche zum Nahen Osten

In der ersten Veranstaltung der Gesprächsreihe wurde mit Prof. Dr. Martin Stöhr und Hans Werner v. Wedemeyer im Februar im biografisch lebensgeschichtlichen Zugang eine Brücke zwischen deutscher Vergangenheit und heutigem Engagement geschlagen. Trotz Skepsis gegenüber politischen Lösungsmöglichkeiten des aktuellen Konfliktes gründen beide ihre Hoffnung auf Bege-

nungsarbeit und Förderung der Friedenskräfte in Nahost. In begleitenden intensiven Kleingruppen der Teilnehmenden wurde die Unterschiedlichkeit der biografischen Zugänge als Schlüssel zum Verständnis der persönlichen Position deutlich. Diese reflexive Gesprächshaltung soll bei den Bremer Gesprächen zum Nahen Osten weiter ermöglicht werden. Am 16.6. wird im Gespräch zwischen dem aus Israel stammenden Journalisten Joseph Croitoru, Haifa/Frankfurt, und dem Mitarbeiter des Versöhnungsbundes, Clemens Ronnefeldt, die politische Situation in Nahost unter dem Titel „Differenzierung und Komplexität“ behandelt.

UWE IHSEN

Oekumenische Initiative Bremen – Fachstelle Oekumene und Weltverantwortung im Evangelischen Bildungswerk Bremen, forum Kirche, Hollerallee 75, 28209 Bremen
Tel.: 04 21/3 46 15 36, www.oekumenische-initiative.de

► Mittelrhein

„So geht es nicht weiter!?“ Wege zur Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft

Bereits vor vier Jahren hatte das „Oekumenische Netz in Deutschland“ aus der Einsicht, notwendige christliche Alternativen entwickeln zu müssen, die „Akademie Solidarische Ökonomie“ ins Leben gerufen. Diese Initiative hat sich inzwischen selbständig gemacht und erste Ergebnisse ihrer Arbeit in Buchform vorgelegt. Das Netz Mittelrhein stellte sie bei seiner Frühjahrstagung vor im Vergleich mit anderen Ansätzen alternativen Wirtschaftens, um praktisch begehbbare Wege eigenen Engagements erkennbar werden zu lassen. Unter dem Motto „So geht es nicht weiter!?! – Wege zur Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft“ fand dazu am 15. und 16. März 2013 eine Tagung statt.

Mehr als 80 Prozent der Bevölkerung wünscht eine neue Wirtschaftsordnung. Aber kaum jemand weiß, wie die aussehen kann, geschweige denn, wie sie realisiert werden könnte. Denn die sich dazu jeweils am deutlichsten zu Wort melden, sind diejenigen, die selber von den herrschenden Verhältnissen profitieren. Und deren Macht ist gewaltig. Ohne vernünftig und gründlich durchdachte Konzepte wird es nicht gelingen, die notwendige Veränderung herbeizuführen, auch nicht ohne politische Entscheidungen, d.h. auch nicht ohne vorausgehende entsprechende Willensbildung in der Bevölkerung. Daran sich zu beteiligen, sind alle gefragt. In jüngster Zeit beteiligt sich neben

anderen kirchlichen Initiativen auch die Evangelische Kirche im Rheinland am aktuellen ökumenischen Prozess „Umkehr zum Leben – den Wandel gestalten“, in dem die Teilnehmenden die Folgen des Klimawandels in Natur und Gesellschaft nicht nur über sich ergehen lassen, sondern aus christlicher Verantwortung nach Kräften mitgestalten wollen. In diesem Zusammenhang bildet die Neuordnung der Ökonomie zu einer „Wirtschaft im Dienst des Lebens“ eine zentrale Aufgabe. Mit unserer Tagung unterstützen wir diesen Aufbruch.

Am Ostersonntag (31. März 2013) lud das Netz zu einem Ökumenischen Abendgebet um 18 Uhr in der Kölner Antoniter Citykirche ein, wo wesentliche Einsichten aus der Tagung einfließen, sodass der notwendige Aufbruch Richtung und Fundament erhält. Ermutigend, wie im Sprecherkreis des Netzes an einem besonderen Abend die Teilnehmenden ihre persönlichen Erfahrungen mit (Schöpfungs-) Spiritualität ausgetauscht haben. Es wurde spürbar, wie hier Kraft und Zuversicht zu neuen Aufbrüchen in Kirche und Gesellschaft gewonnen werden.

Noch immer scheint in der Gesellschaft die Meinung vorzuherrschen, dass Frieden häufig nur mit Waffen erreicht oder gesichert werden kann. Zumindest sind Waffenproduktion und Waffenhandel auch in Deutschland ein einträgliches Geschäft (inklusive Steuereinnahmen). Als Mitglied im „Ökumenischen Netz in Deutschland“ unterstützt das Netz Mittelrhein die „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“, zu der sich Nichtregierungsorganisationen aus der Friedens- und Entwicklungszusammenarbeit, kirchliche und gesellschaftliche Gruppen und Verbände zusammengeschlossen haben, um ein Verbot deutscher Rüstungsexporte zu erreichen.

DIETER ENDEMANN

Kontakt: Oekumenisches Netz Mittelrhein

c/o Pfr. Dieter Endemann, Domstr. 62

50668 Köln, OekumNetzMittelrhein@t-online.de

► Rhein-Mosel-Saar

Reflexion und Auseinandersetzung mit der Krise des Kapitalismus stärken

Was die 20 Jahre der Existenz des Oekumenischen Netzes prägte, soll auch in Zukunft der Schwerpunkt des Oekumenischen Netzes sein: die kritische Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus, seinen sich zuspitzenden Krisen und Katastrophen für die Menschen. 1992 – im Gedenkjahr an die Eroberung Amerikas vor 500 Jahren – war das Netz gegründet worden. Der Blick auf die Opfer wirtschaftlicher, politischer und kultureller Macht in Vergangenheit und Gegenwart hat das Netz geprägt. Dies ist in der Jubiläumnetzversammlung in Trier noch einmal deutlich geworden. So ist es kein Zufall, dass die

Auseinandersetzung mit der Zerstörungsdynamik des Kapitalismus die Gegenwart des Netzes prägt. Sie steht in spannungsreicher Verbindung mit den vielfältigen Aktionsfeldern des Netzes vom Fairen Handel über die Friedensarbeit bis zur Begleitung von Partnerschaften mit anderen Weltregionen.

Für die Zukunft kommt es darauf an, die Praxis mit der Reflexion des „Ganzen“ der kapitalistischen Gesellschaft zu verbinden und weitere Möglichkeiten der Vermittlung zu finden, um so Wege zur Überwindung des für Menschen und Schöpfung zerstörerischen Kapitalismus zu finden. DOMINIC KLOOS
Kontakt: Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar
Dominic Kloos, Löhrrstr. 51, 56068 Koblenz
Tel.: 02 61/29 68 16 91, info@oekumenisches-netz.de
www.oekumenisches-netz.de

► Württemberg

Vorbereitung auf Busan mit Ortsgemeinde

Der Einstimmung auf die Vollversammlung des OeRK in Busan/Südkorea widmet Pro Oekumene Württemberg sein Jahrestreffen. Zusammen mit einer Ortsgemeinde werden unter dem Leitwort „Gott des Lebens, weise uns den Weg zu Gerechtigkeit und Frieden“ in Nellingen bei Stuttgart am **29.09.2013** Wegmarken zu gerechtem Frieden und Klimagerechtigkeit bedacht. Gäste aus Gemeinden anderer Herkunft und Sprache sind eingeladen, ihre Sicht einzubringen. Die Stimmen aus dem Süden und anderen Teilen der Erde sollen zu Gehör kommen. Dazu wird mit dem Missionswerk ems kooperiert. In Stuttgart selbst befindet sich eine starke koreanische Gemeinde. Der OeRK hat für solche Anlässe anregende Materialien veröffentlicht (<http://wcc2013.info/de/>). Pro Oekumene ist Teil des Oekumenischen Netzes in Württemberg.

Kontakt: Pro Oekumene Württemberg

Pfr.i.R. Harald Wagner, Korntal

Oekumenisches Netz Württemberg, Sylvia Dieter

Nahe Weinbergstr. 12, 74348 Lauffen am Neckar

Tel.: 0 71 33/2 10 68

► Kooperation für den Frieden

Radikaler und mutiger werden

„Deutschland im Krieg. Strategien für eine nachhaltige Friedenspolitik“

„Die Friedensbewegung muss radikaler und mutiger werden und sich nicht auf irgendwelche Kompromisse einlassen!“, forderte der UN-Korrespondent und Experte für Menschenrechtspolitik aus Genf, Andreas

Zumach, bei seinem Eröffnungsvortrag zum Thema „Deutschland im Krieg und die deutschen Waffenexporte“ auf der 10. Strategiekonferenz der „Kooperation für den Frieden“. Rund 120 Friedensbewegte kamen in Stuttgart auf der alljährlich stattfindenden Strategiekonferenz der „Kooperation für den Frieden“ zusammen, ein bundesweiter Zusammenschluss von über 50 Organisationen und Initiativen. Befasst hatte sich die Konferenz mit der deutschen Beteiligung an den weltweiten Kriegseinsätzen, den neuen Tötungsstrategien durch Drohneneinsätze der Bundeswehr, der Modernisierung der Atomwaffen sowie der schleichenden Militarisierung im Inland durch die Bundeswehr an Schulen und militärische Forschung an Hochschulen. Interesse fand die Sanktionspolitik gegenüber dem Iran und Syrien und ebenso die Rolle der Bundesregierung im Nahen Osten. In einem zweiten Teil der Konferenz wurden Strategien für eine nachhaltige zivile Friedenspolitik vorgestellt, z. B. für die Umsetzung des Konzeptes der zivilen Konfliktbearbeitung in Deutschland und auf EU-Ebene. „Wir sind umzingelt von Freunden!“ bekräftigte die Politikwissenschaftlerin Professor Hanne-Margret Birckenbach in ihrem Vortrag. In einer Vision für eine friedliche Kooperation verlangte sie ein Ende der vernetzten zivil-militärischen Sicherheit und setzte dem eine vernetzte Friedenspolitik entgegen. Das Fernziel der Friedensbewegung sei, Kriege ganz abzuschaffen und eine zivile Konfliktbearbeitung von politischen Konflikten aufzubauen, so die VertreterInnen der Mitgliedsorganisationen der Kooperation für den Frieden. Konkrete Schritte seien z. B. die Fortsetzung von spektakulären Aktionen im Rahmen der Kampagne „Aktion Aufschrei „Stoppt den Waffenhandel!“, um der Forderung an die Bundesregierung Nachdruck zu verleihen, auf jeden Export von Kriegswaffen und Rüstungsgütern vollständig zu verzichten und z. B. den Panzer-Export nach Saudi-Arabien zu verhindern.

Eine Dokumentation der Konferenz ist zu finden auf www.koop-frieden.de

Kontakt: Kooperation für den Frieden, Römerstr. 88

53111 Bonn, Tel.: 02 28/69 29 05 Fax: 69 29 06

► Friedenskongress

Menschen geschützt – gerechten Frieden verloren?

Der Gerechte Frieden als Konzept steht auf der Agenda der Kirchen. Sie wollen damit über die Lehre vom gerechten Krieg hinaus gehen. Ein Kongress vom **13. bis 15.6.** in Berlin, in der Französischen Friedrichstadtkirche, Gendarmenmarkt, widmet sich dem dabei vieldiskutierten Konzept der „Schutzverantwortung“. Ausgehend von den gegen-

wärtigen internationalen Konfliktkonstellationen soll das Konzept des Gerechten Friedens eine Antwort auf die Frage geben, wie unschuldige Menschen vor Ungerechtigkeit, Krieg und Gewalt geschützt werden können. Über die Kontroverse „Gerechter Krieg vs. Pazifismus“ hinaus fokussiert das Konzept auf das Primat der zivilen Konfliktbearbeitung und Gewaltprävention.

Das in der internationalen Politik und im Völkerrecht entwickelte Konzept der Responsibility to Protect (R2P) wurde beim „Weltgipfel“ der Vereinten Nationen 2005 von den meisten Staaten anerkannt. Es formuliert eine internationale Verantwortung zum Schutz der Menschen. Es stellt die Menschenrechte über die Souveränität des Staates. Daraus abgeleitet werden drei Teilverantwortlichkeiten: die Pflicht zur Prävention (Responsibility to Prevent), die Pflicht zur Reaktion (Responsibility to React) und die Pflicht zum Wiederaufbau (Responsibility to Rebuild). Der Kongress will sich einigen Fragen zum Konzept der „Schutzverantwortung“ stellen und zu dessen möglichem Missbrauch.

Zur Diskussion gestellt werden u. a. folgende Fragen: Wie beeinflusst das in der UN inzwischen verankerte Konzept der Responsibility to Protect das Paradigma vom Gerechten Frieden? Wie kann der Kerngedanke der Prävention angesichts von realen Schutzbedürfnissen umgesetzt werden? Können Kriterien im Hinblick auf Interventionen als letztes Mittel entwickelt werden, die dem Anspruch des Gerechten Friedens entsprechen? Wie kann ein möglicher Missbrauch der internationalen Schutzverantwortung verhindert werden?

Der Kongress wird von der Militärseelsorge/Arbeitsgemeinschaft Ethische Bildung in den Streitkräften gesponsert, wobei aus Friedensgruppen die Beteiligung an dieser Diskussion begrüßt und zugleich darauf hingewiesen wird, dass deren faktisch militärische Gewalt rechtfertigende Funktion kein Thema zu sein scheint.

Der Kongress öffnet dann sich einem breiten Diskurs mit Vertretern aus Kirchen, Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft. Beteiligt sind eine große Zahl von Referenten, u. a. Paul Österreicher und Konrad Raiser, Generalsekretär Olav Fykse Tveit und Martin Robra vom OeRK, Renke Brahm und Nikolaus Schneider von der EKD, bis Militärgeneraldekan Matthias Heimer und Generalleutnant Hans-Werner Fritz vom Bundesministerium der Verteidigung (angefragt).

Kontakt Tagungssekretariat: Rosalita Huschke

Evang. Akademie zu Berlin, Charlottenstraße 53/54

10117 Berlin, Tel.: 030/203 55-404, Fax: 203 55-550

huschke@eaberlin.de

► Oekumenische Initiative Eine Welt



Für eine bessere Welt tätig werden – interkulturell, interreligiös und kreativ

Inuit in Grönland müssen Fleisch essen, wenn sie in ihrer traditionellen Umgebung überleben wollen – und halten dies für normal. Buddhistische Religionen sprechen sich für die vegetarische Lebensweise aus, und halten dies für die Norm. Während des Entstehungsprozesses der Erd-Charta, der internationalen Ethik für nachhaltige Entwicklung, saßen Vertreter solch verschiedener Kulturen und weltanschaulicher Richtungen an einem Tisch und stritten über die „richtige“ Weltsicht. Und einigten sich. Auf einen Konsens, der in seiner Tragfähigkeit mehr als ein globaler Gesellschaftsvertrag des 21. Jahrhunderts werden könnte: die Erd-Charta.

Diese internationale Erklärung nimmt für sich in Anspruch, ein interkultureller und interreligiöser, ja ein über-weltanschaulicher Konsens zu sein und ethische Grundsätze zu bieten, auf die wir alle uns einigen können. Die eine Richtschnur geben können für ein Leben, das auch andere gut leben lässt – auf der Erde jetzt und als zukünftige Generation.

Es gibt eine Kluft zwischen unserem Wissen um die Weltprobleme und dem Handeln, und diese Kluft ist auch und wesentlich eine kulturelle: Wir denken in eingefahrenen Bahnen, wir versuchen die Lösungen, die wir schon immer versucht haben. Da ist es gesund, bisweilen das eigene umgrenzte Denken zu verlassen und sich mit anderen Sichtweisen zu konfrontieren. Kulturen müssen nicht kämpfen, wenn sie sich begegnen. Die Begegnung kann auch Ideen frei- und Kreativität in Gang setzen. Um den notwendigen tief greifenden Wandel im Denken und Bewusstsein zu starten, damit wir beginnen, achtsam mit den Ressourcen der Erde umzugehen, brauchen wir das Denken über Grenzen hinweg.

In ihrem neuen Schwerpunkt will die Oekumenische Initiative Eine Welt (OeIEW) der Frage nachgehen, welchen Beitrag die Religionen, der Blick über die Kulturgrenzen, und eine sozial und ökologisch engagierte Spiritualität zu einem Wandel unserer Gesellschaft leisten kann. Den Auftakt bildet eine Tagung Mitte April mit dem Referenten (u. a.) Rabbi Awraham Soetendorp aus Den Haag, deren Fragen und Antworten in der Juli 2013-Ausgabe der Zeitschrift *Initiativ* veröffentlicht werden.

ANJA BECKER

Kontakt: OeIEW, Ursula Steuber, Mittelstr. 4
34474 Diemelstadt-Wethen, Tel.: 05694/1417
info@oew.de

► Bund für soziale Verteidigung (BSV)

Weniger Geld für zivile Friedensarbeit – 30 mal mehr Mittel fürs Militär

Bundesregierung und Bundeswehr können seit ihren Erfahrungen mit Afghanistan bestätigen, dass Frieden nicht durch das Militär, sondern nur mit zivilen Maßnahmen geschaffen werden kann.

Doch nicht einmal die Bundesregierung weiß, wie viel sie tatsächlich in zivile Friedensarbeit investiert. Der Bund für Soziale Verteidigung hat die einzelnen Posten und Unterpösten aus den öffentlichen Haushaltsdaten zusammengetragen, um die Debatte mit realistischen Zahlen zu untermauern. Dabei kann festgestellt werden, dass sich seit dem Kosovokrieg 1999 etwas getan hat. Das Zentrum für internationale Friedenseinsätze, der Zivile Friedensdienst und andere Programme wurden gegründet und mit einigen Mitteln ausgestattet. Dennoch sind die Projekte finanziell immer noch in der Pilotphase. In den letzten Jahren stagniert der Ausbau ziviler Friedensinstrumente. 2013 sank die Förderung um 34 Millionen Euro auf nur noch 1,204 Milliarden.

Dem gegenüber ist allein der Verteidigungshaushalt seit 1999 um über 40 Prozent angestiegen und liegt mit 33,26 Milliarden Euro schon wieder deutlich über dem Höchststand des Kalten Krieges. Insgesamt gibt die Bundesregierung somit etwa 30 mal mehr Mittel für das Militär als für zivile Friedensmaßnahmen aus. Die in anderen Haushaltsplänen versteckten Kosten für UN-Missionen, WEU, NATO etc. sind hier noch nicht eingerechnet.

Der Bund für Soziale Verteidigung bietet mit einem vierseitigen Infoblatt „Zivile Konfliktbearbeitung“ neben den Haushaltszahlen auch eine Einführung in die wichtigsten Programme und Träger der zivilen Konfliktbearbeitung in Deutschland. Ein Download ist möglich unter: http://www.soziale-verteidigung.de/fileadmin/dokumente/ZK_BinPolitik.pdf.

Kontakt: Rückfragen unter Tel.: 0173621/6895
(Geschäftsführerin) oder per Mail an: Bund für Soziale Verteidigung e.V., Dr. Christine Schweitzer
Schwarzer Weg 8, 32423 Minden, Tel.: 0571/29456
Fax: 23019, info@soziale-verteidigung.de
www.soziale-verteidigung.de

► Initiative Kirche von unten (IKvu)

Verantwortlich gelebtes Christentum in lebendiger Oekumene

Nicht erst seit den jüngeren Diskussionen um die „Pius-Brüder“ ist das Thema Funda-

mentalismus wieder aktuell. In Kooperation mit der Evangelischen Studierendengemeinde in Deutschland und der Evangelischen Akademie Wittenberg veranstaltete die IKvu vom 22. bis 24. März die Tagung „Die Glaubenswächter. Christlicher Fundamentalismus in Deutschland“. Es gab Podien und Workshops mit hochrangigen Referenten, darunter: David Berger (Publizist), Hermann Häring (Stiftung Weltethos), Weihbischof Hans-Jochen Jaschke (Erzbistum Hamburg), Kirchenpräsident Joachim Liebig (Ev. Landeskirche Anhalts), Aiman Mazyek (Zentralrat der Muslime in Deutschland) u. a. – Informationen finden sich unter www.ev-akademie-wittenberg.de.

Auf dem kommenden Evangelischen Kirchentag in Hamburg werden Mitgliedsgruppen des Netzwerkes mit Aktionen präsent sein. Im Rahmen eines Liturgischen Tages im „Zentrum Bibel“ wird am Freitag, den 3. Mai zum zweiten Mal der Dorothee Sölle-Preis für den aufrechten Gang an eine profilierte Persönlichkeit verliehen. Mit diesem Anerkennungspreis sollen herausragende, aktuelle Aktivitäten im Bereich der Oekumene ausgezeichnet werden, die in der Tradition von Dorothee Sölle stehen und – ganz im Sinne der Namensgeberin – theologisch fundiert sind, wie auch einen klaren politischen Charakter haben.

Weitere Informationen:

www.ikvu.de/kontexte/dorothee-soelle-preis.html

Kontakt: Initiative Kirche von unten (IKvu)

Oscar-Romero-Haus, Heerstr. 205, 53111 Bonn

www.ikvu.de, info@ikvu.de

► Pax Christi



INTERNATIONALE KATHOLISCHE FRIEDENSBEWEGUNG

„Unsere Waffen töten“

Die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ hat am 26. Februar in Berlin der Bundesregierung für ihre zweifelhaften Verdienste im Rüstungsexport die Skulptur „Unsere Waffen töten“ verliehen. Sie stellt eine entknotete Replik des berühmten Friedenssymbols der verknöteten Pistole dar. 2005 hatte der schwedische Künstler Reuterswärd die „Non-Violence“-Skulptur der Bundesregierung als Anerkennung für ihre Nichtbeteiligung am Irakkrieg geschenkt. Die Kampagne wird von Pax Christi und anderen kirchlichen Friedensorganisationen mitgetragen.

„Eine Pistole, deren Lauf verknötet ist, steht im Bundeskanzlergarten. Non-Violence steht darunter, Gewaltlosigkeit. Eine schöne

Utopie, aber leider nicht die Realität. Eine unverknotete Pistole verleihen wir dieser Bundesregierung. „Unsere Waffen töten“ steht darunter, denn Gewalt geht von Deutschland aus, um des lieben Geldes willen“, erklärte der Franziskaner Bruder Jürgen Neitzert bei der Enthüllung der Skulptur. Er ergänzte: „Alle Bundesregierungen haben am Waffenexport teilgenommen.“

„Die Bundesregierung hat das berühmte Friedenssymbol nicht verdient! Denn die Wahrheit lässt sich nicht verdrehen: Bundesregierungen aller Couleur haben seit dem Ende des Kalten Krieges behauptet, deutsche Außen- und Sicherheitspolitik sei menschenrechtsorientiert und von Werten geleitet. Im Namen der Menschenrechte haben diese Regierungen Waffenexporte genehmigt, bis die Bundesrepublik zum drittgrößten Waffenexporteur der Welt aufgestiegen war. Unter der Flagge der Menschenrechte nahm die Bundeswehr an Auslandseinsätzen teil, bis in Deutschland wieder offen von Krieg und Gefallenen gesprochen wurde. Um der Menschenrechte willen meint die derzeitige Bundesregierung, auch autoritäre Regime durch Rüstungsexporte und Ausbildungshilfen „ertüchtigen“, – ja so nennt es Angela Merkel – „ertüchtigen“ zu müssen, damit sie gemeinsam mit uns oder gar für uns eine uns genehme Weltordnung aufrecht erhalten“ kritisierte Christine Hoffmann, die pax christi-Generalsekretärin und Sprecherin der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“.

Kontakt: Pax Christi

Generalsekretärin Christine Hoffmann

Tel.: 0 30/2 00 76 78-0, Fax: 2 00 76 78-19

sekretariat@paxchristi.de, www.paxchristi.de

▶ Plädoyer für eine ökumenische Zukunft

Transformative Spiritualität zur Bewahrung der Schöpfung

Dem Thema „Klimagerecht leben – weltweit und vor Ort. Transformative Spiritualität zur Bewahrung der Schöpfung“ widmet sich die nächste Oekumenische Sommeruniversität (OeSU) vom **29. September bis 3. Oktober** in der Evangelischen Akademie Hofgeismar.

Das PLÄDOYER will dem ökumenischen Traditionsabbruch entgegenwirken. Weil mit der Sommeruniversität auch ein akademischer Anspruch verbunden ist, sollen junge Leute, vor allem Theologiestudierende zur Teilnahme an der OeSU motiviert werden. Dies geschieht auch durch eine Kooperation mit den Lehrstühlen für Oekumenik bzw. Mission und Religionswissenschaft der Universitäten Bielefeld, Mainz und Hamburg. Da Gert Rüppell und Karl-Heinz Dejung dort Lehraufträge haben, können dort eingeschriebene StudentInnen für das hiermit

angebotene Blockseminar einen Schein erhalten. Anderen Studierenden wird ein finanziell günstiges Angebot gemacht: Sie bezahlen für die volle Teilnahme an der OeSU 50,- Euro plus Reisekosten. Zur OeSU sind aber alle PLÄDOYER-Mitglieder und SympathisantInnen herzlich eingeladen. Das Gespräch zwischen den Generationen ist heute wichtiger denn je; es kann für alle Beteiligten ein bereicherndes Erlebnis werden.

Inhaltlich bezieht sich die OeSU auf die seit Jahren erfolgten Arbeiten des PLÄDOYERs zur Klimagerechtigkeit. Diese ist eine der entscheidenden Herausforderungen für die Praxis der vier Grundströmungen der ökumenischen Bewegung: Einheit, Mission, Praktisches Christentum und Bildung. Gleichzeitig wächst die Zuversicht, dass der zunehmenden Bedrohung der Schöpfung durch ein konzertiertes, lebensdienliches, politisches Engagement auf allen Ebenen entgegengetreten werden kann. Bei der OeSU sollen die weltweiten Erfahrungen, Leiden und Hoffnungen der Kirchen im Kontext wachsender Klima-Ungerechtigkeit zur Kenntnis genommen werden. Welche Veränderungsprozesse vor Ort wurden schon in die Wege geleitet? Wie kann ein deutscher Beitrag aussehen?

Eine erste Information über die OeSU in Gestalt eines Vor-Flyers wurde auf die Website www.plaedoyer-ecu.de (s. unter aktuelles) gestellt sowie eine ausführliche Darstellung des Vorhabens. Das PLÄDOYER bittet darum, mögliche InteressentInnen auf die OeSU aufmerksam zu machen und sie auf die Website hinzuweisen.

Reader mit Mutmachgeschichten

Der Aufruf über Mut machende ökumenische Erfahrungen zu berichten, hat eine gute Resonanz gehabt. Der für die Busan-Tagung (2.-4.4.2013 in Arnoldshain) bereit gestellte Reader enthält etwa 35 ökumenische Mutmachgeschichten sowie Arbeitsergebnisse der AG Theologie zur Schöpfungs-Spiritualität. Er kann über den PLÄDOYER-Geschäftsführer bezogen werden (5,- Euro).

WERNER GEBERT

Kontakt: PLÄDOYER für eine ökumenische Zukunft

Geschäftsführer Pfr. i. R. Werner Gebert, Banweg 14

72131 Ofterdingen, Tel.: 0 74 73/95 98 98, Fax: -95 98 94

euw.gebert@t-online.de

▶ Akademie Solidarische Ökonomie

„Geld ohne Schuld“

Die Erarbeitung eines Konzepts zu einem Geld- und Finanzsystem in einer solidarischen Ökonomie bildete den inhaltlichen Schwerpunkt der Akademie in den letzten Monaten. In einer solidarischen Ökonomie

kann Geld keine Ware mehr sein, an der man sich leistungslos bereichern kann. Geld muss zu einem öffentlichen Gut werden, das nur vom Staat geschaffen werden darf. In Erweiterung des Vollgeldkonzepts der Mone-tative wurde beispielsweise diskutiert, wie die vom Staat geschaffene Geldmenge zu steuern ist, wie auch im Rahmen des sogenannten Vollgeldes aktive Geldmengenpolitik gestaltet werden kann, oder wie sich die Unternehmensfinanzierung durch ein neues Finanzsystem ändert.

Nicht zuletzt ergibt sich für die Banken in diesem System eine völlig neue Rolle. Sie werden zwar weiterhin das Geld verteilen aber nicht mehr selber schöpfen können. Die Akademie wird voraussichtlich im Sommer 2013 ein Schwerpunktheft mit dem Titel „Geld ohne Schuld“ herausbringen, in dem ausführlich der Entwurf eines neuen Geld- und Finanzsystems vorgestellt wird, das dann von sich behaupten kann, den Menschen und der Umwelt und nicht einigen wenigen Profiteuren zu dienen.

Menschenbild: Egoistisch kalkulieren-des Verhalten nicht Maß aller Dinge

Eine solidarische Ökonomie geht von einem ganz anderen Menschenbild als das des in der kapitalistischen Ökonomie immer noch gerne angeführten Modells des „homo oeconomicus“ aus. Die solidarische Ökonomie stützt sich auf die jüngeren Forschungsergebnisse der einschlägigen Wissenschaften und stellt das Streben nach Empathie, nach Sinnerfüllung und nach gelungener sozialer Beziehung an den Ausgangspunkt der Überlegungen. Dies schließt egoistisches kalkulierendes Verhalten nicht aus, macht dieses aber nicht zum Maß aller Dinge. Mit der Betonung eines ganzheitlichen auf Beziehungen ausgerichteten Menschenbildes betont die Akademie nicht nur die Notwendigkeit eines ökonomischen sondern auch eines kulturellen Paradigmenwechsels.

Kooperation mit den Christen für eine gerechte Wirtschaftsordnung

Die Öffentlichkeitsarbeit der Akademie konnte in den letzten Monaten wesentlich verbessert werden. Seit Ende des Jahres 2012 gibt die Akademie zusammen mit dem cgw (Christen für eine gerechte Wirtschaftsordnung) einen Rundbrief heraus, der viermal im Jahr erscheint. Darüber hinaus verfügt die Akademie über eine Reihe kurzer Texte, die kurz und knapp über einen bestimmten Inhalt referieren. Diese Texte können von der Homepage herunter geladen werden. Schließlich hat die Akademie in diesem Frühjahr im publik forum Verlag eine Streitschrift mit Titel „Wirtschaft neu denken“ veröffentlicht.

NORBERT BERNHOLT

Kontakt: Akademie Solidarische Ökonomie

c/o Norbert Bernholt, Am Butterberg 16

21335 Lüneburg, Tel.: 0 41 31/721 74 50

www.akademie-solidarische-oekonomie.de

Oekumenische Versammlung

Mainz 30.04.–04.05.2014

„Die Zukunft, die wir meinen – Leben statt Zerstörung“

Gerechtigkeit · Frieden · Bewahrung der Schöpfung



Aufruf

zur Oekumenischen Versammlung 2014

Der Konziliare Prozess ist nicht tot. Nach wie vor gibt es in den evangelischen Landeskirchen Gremien, die sich seine Fortführung zur Aufgabe gemacht haben. Und in vielen Initiativen und Gruppen ist die Orientierung an den weltweiten Problemen, unter denen Menschen und Welt leiden, lebendig geblieben. Die auf die Initiative des Ökumenischen Netzes in Deutschland (ÖNID) hin vom 30.4.–4.5.2014 in Mainz stattfindende Ökumenische Versammlung (ÖV 2014), die von zahlreichen katholischen, evangelischen und der Ökumene zugehörigen Basisgruppen getragen wird, unterstützt diese Arbeit, indem sie gemeinsam den Konziliaren Prozess zu aktualisieren und zu vertiefen versucht.

Er wurde 1983 bei der Vollversammlung des Weltkirchenrates in Vancouver als dauerhafter Lernprozess für Christen und Kirchen konzipiert, zu dessen Umsetzung dort ein „Bund gegenseitiger Verpflichtung für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung“ geschlossen wurde. Damals hielten die Christen in Europa die Friedensfrage (NATO-Nachrüstung) für die größte theologische Herausforderung. Die Kirchen des Südens betrachteten hingegen die Frage nach gerechten Beziehungen als elementar. Auch die Nachhaltigkeitsfrage wurde drängend.

Die 1983 identifizierten Herausforderungen an den christlichen Glauben bestehen nach wie vor. Sie sind größer, vielfältiger und bedrohlicher geworden. Die ÖV 2014 wird eine gründliche Analyse der

„Zeichen der Zeit“ vornehmen. Vielfach gebündelte Krisen verstärken sich gegenseitig: Überlebensbedrohender Klimawandel, nicht nachhaltiges Wirtschaftssystem, Spekulation mit Land und Nahrungsmitteln, mörderischer Hunger, zunehmender Reichtum und wachsendes Elend, zerstörte Sozialsysteme und Solidarstrukturen, innerseelische Verwüstungen. Das ganze Leben wird von der Marktideologie beherrscht; sie ist zur Staatsreligion geworden. Militärische Konfliktlösungen etablieren sich als selbstverständlich und zehren die vorhandenen Ressourcen zur Bekämpfung von Armut und Klimawandel und zur Förderung von ziviler Konfliktbearbeitung auf. Die Strukturen des Todes triumphieren, der neoliberale Wachstums-Kapitalismus fühlt sich unangreifbar.

Wer die Kühnheit besitzt, dagegen anzugehen, muss sich gut wappnen. Soziale Bewegungen weltweit haben begonnen, in der Auseinandersetzung mit den überdominant gewordenen kapitalistischen Grundlagen der Moderne die klare Unterscheidung zwischen Gott und Götzen zu treffen. Der Widerstand gegen die zerstörerischen Kräfte des Todes muss aus den Quellen des Lebens schöpfen, die daraus zu gewinnende Weisheit und Wegweisung vermag den „Regen über dürrem Land“ zu bringen, wie es in den Psalmen heißt. Die ÖV 2014 wird auf die biblischen Verheißungen und Erfahrungen zurückgreifen und sie vergegenwärtigen. Neue, Mut machende Formen gelebten Christ- und Kircheseins werden vorgestellt, ebenso wie kirchenreformerische Visionen. Feministische Einsichten sollen für eine neue Kultur des Friedens fruchtbar gemacht werden. Sie geben Impulse für die Gestaltung unserer Zukunft.

Unsere Suche gleicht einem Pilgerweg. Wir gehen ihn zusammen mit Menschen aus der ganzen Welt, die sich in der Verpflichtung für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung auf den Weg



Photo: © wccj/Eduardo Quadros

gemacht haben. Wir wollen festhalten an den Übereinstimmungen, die bereits in der weltumspannenden Gemeinschaft der Kirchen gewachsen sind. Dazu zählen die Vollversammlungen des Ökumenischen Rates von Vancouver 1983 bis Busan 2013, und die ökumenischen Versammlungen von Basel 1989 über Seoul 1990 bis zur Ökumenischen Friedenskonvokation 2011 in Kingston. An deren Ergebnisse wollen wir anknüpfen. Heute geht es primär um eine die ökumenische – ebenso wie die zivilisationskritische Zivilgesellschaft – bewegende Frage: Wie können wir und alle anderen gut leben? Im globalen Süden kleidet sie sich in befreiungstheologische Visionen und das Leitbild des „buen vivir“. Deshalb lautet das Motto der ÖV 2014: „Die Zukunft, die wir meinen – Leben statt Zerstörung“. Wer über die weiteren Planungen informiert werden möchte, wende sich an:

Lic. Theol. Peter Schönhöffer M.A.

c/o Ökumenisches Netz, Löhrrstr. 51, 56068 Koblenz

Tel.: 02 61 / 29 68 16 91, peter-schoenhoeffe@web.de

Aktuelle Informationen: www.oev2014.de

Stand: 12.03.2013



Photo: © Wikipedia/Martin Bahmann

Altstadt von Mainz

Unterstützung ist willkommen:

Stiftung Oekumene

Stichwort ÖV 2014

Konto 100 008

BLZ 500 502 01

bei der Frankfurter Sparkasse

Oekumenische Netze im Konziliaren Prozess

Der OEKUMENISCHE INFORMATIONSDIENST bietet unter anderem den hier aufgeführten oekumenischen Netzen eine Austauschplattform.

Bayern

Oekumenisches Netz in Bayern

c/o H. H. Willberg
Mühlbachweg 13, D-90559 Burghann
Tel.: 091 83 / 95 00 39

Berlin

Oekumenischer Rat Berlin-Brandenburg

Oekumenisch-Missionarisches Institut
Gierkeplatz 2-4, D-10585 Berlin
Tel.: 0 30 / 3 42 10 00
Fax: 0 30 / 3 42 10 11

INKOTA

Greifswalder Str. 33 a, D-10405 Berlin
Tel.: 0 30 / 4 28 91 11
Fax: 0 30 / 4 28 91 12

Bremen

Oekumenische Initiative Bremen

in forum Kirche
Holler Allee 75, D-28209 Bremen
Tel.: 04 21 / 3 46 15-36
Fax: 04 21 / 3 46 15-38

Hamburg

Solidarische Kirche in Nordelbien

Heike Schoon c/o Pauluskirche Altona
Bei der Pauluskirche 1, D-22769 Hamburg
Heike-Schoon@web.de

Hessen

Oekumenisches Netz Nord- und

Osthessen

c/o Michael Held, Simon-Haune-Str. 15
D-36251 BadHersfeld
Tel.: 0 66 21 / 62 01 86
Fax: 0 66 21 / 6 56 45

Niedersachsen

Arbeitskreis Konziliarer Prozess

Hermann de Boer
Am Kirchhofe 4a
D-30952 Ronnenburg

Oldenburg

Oekumenisches Zentrum Oldenburg e.V.

Kleine Kirchstr. 12, D-26122 Oldenburg
Tel./Fax: 04 41 / 2 48 95 24

Pfalz

Arbeitsstelle Frieden und Umwelt der

Evangelischen Kirche in der Pfalz

(Protestantische Landeskirche)
Referat Konziliarer Prozess
Große Himmels-gasse 3, D-67346 Speyer
Tel.: 0 62 32 / 67 15-0
Fax: 0 62 32 / 67 15-67
info@frieden-umwelt-pfalz.de

Rhein-Mosel-Eifel-Hunsrück-Westerwald

Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar

Dominic Kloos
Löhrstr. 51, D-56068 Koblenz
www.oekumenisches-netz.de

Rheinland

Oekumenisches Netz Mittelrhein e.V.

Pfr. Dieter Endemann
Domstr. 62, D-50668 Köln
OekumNetzMittelrhein@t-online.de

Solidarische Kirche im Rheinland

Kirchliche Bruderschaft

c/o Erika Haugg, Mozartstr. 9
D-45578 Mülheim a. d. Ruhr
soki.rheinland@arcor.de

Sachsen-Anhalt

Lothar-Kreyssig Oekumene-Zentrum

Am Dom 2
D-39104 Magdeburg
Tel.: 03 91 / 53 46-4 93
Fax: 03 91 / 53 46-4 90

Sachsen

Oekumenisches Informationszentrum

Dresden

Elisabeth Naendorf, Kreuzstr. 7
D-01067 Dresden
Tel.: 03 51 / 4 92 33 68
Fax.: 03 51 / 4 92 33 60
oekumene@infozentrum-dresden.de

Westfalen

Oekumenisches Netz in Westfalen

MÖWe, Heike Koch, Olpe 35
D-44135 Dortmund
Tel.: 02 31 / 54 09-72
Fax: 02 31 / 54 09-21

Solidarische Kirche Westfalen-Lippe

Michael Nelson, Geschäftsführer
Graf-Adolf-Str. 61, D-58730 Fröndenberg
Tel.: 0 23 73 / 176 88 35
muhr-nelson@freenet.de

Württemberg

Oekumenisches Netz Württemberg

Sylvia Dieter, Nahe Weinbergstr. 12
D-74348 Lauffen am Neckar
Tel.: 0 71 33 / 2 10 68

Oekumenisches Netz in Deutschland

c/o Michael Held, Simon-Haune-Str. 15
D-36251 BadHersfeld
Tel.: 0 66 21 / 62 01 86, Fax: -6 56 45
A-P-S@gmx.de



**Gott des Lebens,
weise uns den Weg
zu Gerechtigkeit
und Frieden**

Ökumenischer Rat der Kirchen

10. Vollversammlung

30. Oktober bis 8. November 2013
Busan, Republik Korea

IMPRESSUM

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST

Gegründet 1982

Herausgeber und Verleger:

Stiftung Oekumene.
Verantwortlich:
Ulrich Schmitthener
Lindenspürstr. 30, 70176 Stuttgart

Bei der Redaktion dieser Ausgabe wirkten mit:

Werner Gebert, Tübingen/Ofterdingen
Ulrich Schmitthener, Stuttgart
Rainer Zimmer-Winkel, Berlin

Gestaltung:

Karl H. Thiel, Offenbach/Main

Druck:

Knotenpunkt Offsetdruck
Beller Weg 6, 56290 Buch

Konto: Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01, Kto.-Nr. 100 008

HINWEIS:

Der Oekumenische Informationsdienst erscheint mit freundlicher Förderung der Evangelischen Kirche in Deutschland und Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst